

Interne Untersuchung eskaliert: ETH entlässt zwei Revisoren

Wirtschaftsprüfer der ETH wollten ihren Job genau machen – und verloren ihn dabei. Ein Streit um Transparenz.

Andreas Maurer und
Christian Mensch

In der Romandie spricht man stolz vom «Health Valley» – in Anlehnung an das «Silicon Valley» in San Francisco. Dazu gehört der Campus Biotech Geneva. Geforscht wird zum Beispiel an einer Simulation des menschlichen Gehirns bis ins Detail durch einen Supercomputer.

Der Campus gilt als Vorzeigebispiel einer Public-private-Partnership. Zwei Männer, die zu den Reichsten der Welt gehören, initiierten ihn: die Unternehmer Hansjörg Wyss und Ernesto Bertarelli. Die Milliardäre kauften den Gebäudekomplex 2013 für 310 Millionen Franken vom Pharmakonzern Merck Serono, als dieser seinen Standort in Genf schloss. Für elf Millionen pro Jahr vermieten sie ihn seither an eine Trägerschaft mit der ETH in Lausanne, kurz EPFL, dem Kanton und der Universität Genf.

Die Freude über den Deal war so gross, dass er so schnell wie möglich unterzeichnet wurde. Der ETH-Rat, der als übergeordnete Instanz der EPFL für deren Immobilien verantwortlich ist, konnte ihn nur noch abnicken. Zeit für kritische Fragen blieb keine.

Die Abklärungen wurden erst im Nachhinein durchgeführt. Dafür zuständig ist das interne Audit des ETH-Rats. Das ist quasi die Finanzkontrolle der ETH. Die Revisoren wollten untersuchen, ob der Deal mit den Milliardären wirklich zum Vorteil der Hochschule ist, ob die Strukturen sauber organisiert sind und ob die Strategie



Nur die Fassade ist transparent: Der Campus Biotech in Genf.

Bild: Imago

Sinn macht. Doch dabei stiessen sie auf erheblichen Widerstand. Dies zeigen Gerichtsurteile und Berichte, die der ETH-Rat gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip herausgeben musste.

Geheime Dokumente und ein entschärfter Bericht

In einer ersten Fassung ihres Berichts schrieben die Auditoren: Die EPFL habe ihnen nicht alle relevanten Dokumente herausgerückt. Deshalb könnten sie keine Verantwortung übernehmen, dass ihre Beurteilungen vollständig und richtig seien.

Die EPFL reagierte mit einem Gegenangriff. Sie kritisierte die Revisoren und wählte dafür «erniedrigende» Worte, wie der Leiter des internen Audits feststellte. Er weigerte sich deshalb, die Stellungnahme wie üblich in den Bericht aufzuneh-

men. Der ETH-Rat, zu dem das interne Audit gehört, musste den Konflikt lösen. Er hätte seine Auditoren vorbehaltlos unterstützen können. Doch er wählte ein anderes Vorgehen. Er beauftragte die Revisionsgesellschaft KPMG, die Arbeit seines internen Audits zu überprüfen. Dieses sah darin einen Angriff auf seine Unabhängigkeit.

Die KPMG stellte in ihrem Bericht zwar fest, dass die ETH-Auditoren nach internationalen Standards arbeiteten. Doch sie empfahl, die Kritik zur verweigeren Herausgabe von Dokumenten zu streichen. In der finalen Version fehlt diese nun.

Dabei ist für die Compliance-Expertin Monika Roth die Sachlage eindeutig: «Die internen Revisoren haben ein uneingeschränktes Recht auf Information, können alle Akten einse-

hen und Auskünfte verlangen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind.» Der Entscheidung, welche Dokumente relevant sind, liege dabei ausschliesslich bei ihnen.

Eine Revisorin und ein Revisor konnten den Eingriff in ihren Bericht nicht akzeptieren. Ein Revisor weigerte sich deshalb, den Bericht zu unterzeichnen, und eine Revisorin weigerte sich, mit der KPMG zu kooperieren. Die EPFL übte Druck auf die beiden aus, ihre Haltung zu ändern. Darauf wurden sie krank und reichten Arztzeugnisse ein. Später wurden sie vom ETH-Rat entlassen, weil sie Weisungen nicht befolgten.

Die beiden Revisoren wehren sich vor Gericht gegen die Kündigung. Vor dem Bundesverwaltungsgericht haben sie teilweise recht und Entschädi-

gungen von einem halben Jahreslohn erhalten. Doch ihr Ziel haben sie nicht erreicht. Sie wollen eine Bestätigung, dass die Kündigungen missbräuchlich waren. Deshalb gehen sie nun vor Bundesgericht.

Campus Biotech: Massive Governance-Schwächen

Selbst der entschärftete Auditbericht stellt dem Campus Biotech kein schmeichelhaftes Zeugnis aus. Der Hauptvorwurf lautet, es fehle eine Strategie. Die Rollen und Verantwortlichkeiten der unterschiedlichen Akteure seien nicht definiert. Dies sei auch finanziell riskant, weil Geld in Stiftungen fliesse, welche die Hochschule nicht kontrolliere. Sie solle deshalb alle Verträge nochmals überprüfen.

Die EPFL weist die Kritik in einer Stellungnahme teilweise zurück. Da die Hochschule eben nicht die einzige Akteurin sei, könne sie dem Campus nicht eine Strategie verordnen. Die Auditoren würden die Regeln des teilweise privat finanzierten Campus nicht verstehen.

Die Risiken in Genf, wie sie durch die EPFL eingehandelt wurden, verantwortet der ETH-Rat. Schon beim Kongresszentrum in Lausanne war es zu ähnlichen Problemen gekommen. Hat die ETH gegenüber der EPFL ein Aufsichtsproblem?

Der ETH-Rat sagt auf Anfrage, er verbessere seine Aufsicht stetig. Diese sei heute «State of the Art»; nichts deute auf Missstände hin. Die interne Revision wird es sich allerdings künftig vermutlich zweimal überlegen, ob sie allfälligen Hinweisen auf solche auch nachgehen soll.

Bundesplatz



Viola Amherd. Bild: Keystone

Wenn Linke und Grüne demonstrieren, dann tun sie das zu Fuss oder auf dem Velo – sicher nicht mit dem Auto. Eine Ausnahme ist die Berner Linksausserpolitikerin **Simone Machado**, die mit dem eigenen politischen Lager das Heu schon länger nicht mehr auf der gleichen Bühne hat: Die Stadträtin der Grün alternativen Partei setzte sich extra in ein Mobility-Auto, um als Teil eines Konvois gegen die Coronamassnahmen zu protestieren.

Deutschland hat ein strengeres Coronaregime installiert als die Schweiz. Quasi symbolisch zeigte sich das bei einem Treffen der beiden Gesundheitsminister: **Karl Lauterbach** trug FFP2-, **Alain Berset** eine gewöhnliche Maske.

Bei Schweizer Olympiasiegen gratulieren Bundesräte gern den erfolgreichen Sportlerinnen. Zum Pflichtenheft gehört dies für Sportministerin **Viola Amherd**. Auf Twitter greift sie dabei zu ihren Lieblings-Emojis, den applaudierenden Händen und der zur Faust geballten Hand. Bundespräsident **Ignazio Cassis** bevorzugt den nach oben gestreckten Daumen. Die geballte Faust benutzte er auf Twitter letztmals im Dezember zur Feier des Genfer Volksfests Escalades. Ein Video zeigt ihn dabei, wie er dem Brauch entsprechend gemeinsam mit einer EDA-Lehrtochter mit einem Faustschlag einen Schokoladentopf zertrümmert. Cassis schlug so heftig zu, als gehe es um Olympiagold.

ANZEIGE

Heute Tabak! Morgen Cervelat?

Das neue Tabakproduktegesetz von Bundesrat und Parlament schützt die Jugend ohne Gewerbe und Wirtschaft zu schaden.

Das neue Tabakproduktegesetz verbietet:

- Verkauf von Tabakprodukten schweizweit an unter 18-jährige
- Abgabe von Gratismustern
- Plakatwerbung
- Werbung im Kino
- Werbung in und an öffentlichen Gebäuden
- Werbung im öffentlichen Verkehr und sämtlichen Haltestellen
- Sponsoring von internationalen Anlässen
- Sponsoring für Anlässe welche sich an Jugendliche richten
- Werbung auf Internetseiten für Jugendliche
- Werbung in Zeitschriften und Zeitungen für Jugendliche

Die extreme Werbeverbots-Initiative ist also überflüssig. Alle bürgerlichen Parteien sagen deshalb **NEIN zur Werbeverbots-Initiative**, weil das neue Tabakproduktegesetz besser ist.

Die
Mitte

Freiheit. Solidarität.
Verantwortung.

FDP
Die Liberalen

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



NEIN

zur extremen Verbots-Initiative

werbeverbote-nein.ch

